

FORMBLATT

Beteiligung der Träger öffentlicher Belange bei der Festlegung des Untersuchungsumfangs für die Umweltprüfung (§ 4 Absatz 1 BauGB)

Stellungnahme des Trägers öffentlicher Belange

Name/Stelle des Trägers öffentlicher Belange	Landesamt für Umwelt - Abteilung Technischer Umweltschutz 1 und 2
Belang	Immissionsschutz
Vorhaben	Bebauungsplan Nr. W 33 "Wohnpark Luchwiesen" der Stadt Beeskow
Ansprechpartner*In:	Frau Hoffmann
Telefon:	0355 4991 1345
E-Mail:	TOEB@lfu.brandenburg.de

Bitte zutreffendes ankreuzen ☒ und ausfüllen.

Keine Betroffenheit durch die vorgesehene Planung	<input type="checkbox"/>
---	--------------------------

1. Einwendungen Einwendungen mit rechtlicher Verbindlichkeit aufgrund fachgesetzlicher Regelungen, die ohne Zustimmung, Befreiung o. Ä. der Fachbehörde in der Abwägung nicht überwunden werden können (bitte alle drei Rubriken ausfüllen)
a) Einwendung
b) Rechtsgrundlage
c) Möglichkeiten der Anpassung an die fachgesetzlichen Anordnungen oder die Überwindung (z. B. Ausnahmen oder Befreiungen)

2. Hinweise zur Festlegung des Untersuchungsumfangs des Umweltberichts
a) Insgesamt durchzuführende Untersuchungen:
b) Untersuchungsumfang für die aktuell beabsichtigte Planung:

3. Hinweise für Überwachungsmaßnahmen
a) Mögliche Überwachungsmaßnahmen zur Feststellung unvorhergesehener nachteiliger Auswirkungen

b) Möglichkeiten zur Nutzung bestehender Überwachungssysteme:

4. Weitergehende Hinweise



Beabsichtigte eigene Planungen und Maßnahmen, die den o. g. Plan berühren können, mit Angabe des Sachstands und des Zeitrahmens



Sonstige fachliche Informationen oder rechtserhebliche Hinweise aus der eigenen Zuständigkeit zu dem o. g. Plan, gegliedert nach Sachkomplexen, jeweils mit Begründung und ggf. Rechtsgrundlage

Sachstand:

Mit dem Bebauungsplan Nr. W 33 „Wohnpark Luchwiesen“ der Stadt Beeskow sollen die planungsrechtlichen Voraussetzungen für die Errichtung von Wohngebäuden und gewerblich genutzten Gebäuden auf den Flächen des ehemaligen Bauhofes geschaffen werden. Für die beabsichtigte Planung sollen gemäß § 4 BauNVO vier Allgemeine Wohngebiete und gemäß § 6 BauNVO ein Mischgebiet festgesetzt werden.

Stellungnahme:

Rechtsgrundlagen

§ 50 Satz 1 Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSchG)

§ 1 Abs. 6 Baugesetzbuch (BauGB)

Immissionsschutzrechtliche Belange können durch die Auswirkungen der im unmittelbaren Umfeld vorhandenen gewerblichen Nutzungen (Metallverarbeitung, Baumaschinen) durch Geräuschemissionen sowie durch die Auswirkungen des Tiergeheges durch Geruchsemissionen berührt sein. Zu den bestehenden gewerblichen Anlagen / Tiergehege liegen dem LfU keine Informationen über das Emissionsverhalten vor. Weiterhin können sich Auswirkungen auf das südliche Plangebiet (Mischgebiet) aufgrund des Verkehrslärms der Storkower Straße ergeben.

Im weiteren Verfahren ist zu ermitteln, ob sich die geplanten Allgemeinen Wohngebiete (WA2 und WA4) im Hinblick auf Geräuschemissionen zu den bestehenden gewerblichen Anlagen (Metallverarbeitung, Baumaschinen) als heranrückende schutzbedürftige Nutzungen darstellen. Darzulegen ist, dass sich das zu berücksichtigende Schutzniveau für die gewerblichen Anlagen nicht negativ ändert. Ein Nutzungskonflikt ist nicht zu erwarten, wenn den Erwartungen zum Schutzanspruch (hier: Allgemeines Wohngebiet) entsprochen werden kann und wenn der Bestandsschutz der gewerblichen Anlagen keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorruft.

Weiterhin wird darauf hingewiesen, dass eine Tierhaltung in der Nähe von Wohngrundstücken (hier: WA3), insbesondere wegen möglicher Geruchsimmissionen, nicht unproblematisch ist. Die Begründung zum Bebauungsplan Nr. W 33 enthält keine näheren Angaben zu der als zulässig bestimmten Nutzung „Grünzug mit Tiergehege“ in der privaten Grünfläche.

Im Rahmen der Darstellung der Auswirkungen der Planung sollten deshalb hinreichende Angaben über die Konzeption des Tiergeheges getroffen werden. Anhand einer Beschreibung der Tierhaltung, der Anzahl der Tiere und der Darstellung der konkreten Flächennutzung und deren Abstände zu den geplanten schutzbedürftigen Nutzungen (hier: WA3) sind die Auswirkungen der Tierhaltung einzuschätzen und in der Begründung zum Bebauungsplan darzustellen.

Im Hinblick auf den Verkehrslärm der Storkower Straße kann den Aussagen in der Begründung im Wesentlichen gefolgt werden. Unter der Voraussetzung, dass im Mischgebiet (hier insbesondere der Storkower Straße zugewandt) keine schutzbedürftigen Wohnnutzungen, sondern wie im städtebaulichen Konzept dargelegt, Versorgungs- und Dienstleistungsangebote beabsichtigt sind, sind keine detaillierten Untersuchungen zum Verkehrslärm erforderlich.

Redaktioneller Hinweis

Die Begründung S. 11, Kap. 2.4, letzter Absatz, letzter Satz, sollte entsprechend der vorliegenden Planungsabsicht (Planung WA und MI) angepasst werden.

Dieses Dokument wurde am 23.09.2024 elektronisch schlussgezeichnet und ist ohne Unterschrift gültig.

